Zeitschrift: Schweizer Monatshefte : Zeitschrift für Politik, Wirtschaft, Kultur
Herausgeber: Gesellschaft Schweizer Monatshefte
Band: 16 (1936-1937)
Heft: 12

Rubrik: Politische Rundschau

Nutzungsbedingungen
Die ETH-Bibliothek ist die Anbieterin der digitalisierten Zeitschriften auf E-Periodica. Sie besitzt keine Urheberrechte an den Zeitschriften und ist nicht verantwortlich für deren Inhalte. Die Rechte liegen in der Regel bei den Herausgebern beziehungsweise den externen Rechteinhabern. Das Veröffentlichen von Bildern in Print- und Online-Publikationen sowie auf Social Media-Kanälen oder Webseiten ist nur mit vorheriger Genehmigung der Rechteinhaber erlaubt. Mehr erfahren

Conditions d'utilisation
L'ETH Library est le fournisseur des revues numérisées. Elle ne détient aucun droit d'auteur sur les revues et n'est pas responsable de leur contenu. En règle générale, les droits sont détenus par les éditeurs ou les détenteurs de droits externes. La reproduction d'images dans des publications imprimées ou en ligne ainsi que sur des canaux de médias sociaux ou des sites web n'est autorisée qu'avec l'accord préalable des détenteurs des droits. En savoir plus

Terms of use
The ETH Library is the provider of the digitised journals. It does not own any copyrights to the journals and is not responsible for their content. The rights usually lie with the publishers or the external rights holders. Publishing images in print and online publications, as well as on social media channels or websites, is only permitted with the prior consent of the rights holders. Find out more

Download PDF: 14.12.2025

ETH-Bibliothek Zürich, E-Periodica, https://www.e-periodica.ch

Politische Rundschau

Schweizerische Umschau.

Das Ordnungsgesetz vor dem Ständerat. / Die kommende Neutralitätsinitiative trägt bereits ihre Früchte! / Herr Schultheß in Berlin.

Die soeben abgeschlossene parlamentarische Session brachte, mit Ausnahme der außenpolitischen Erklärungen, wenig Bemerkenswertes. Immerhin ist nun endlich wenigstens im Ständerat das Ordnungsgesetz verabschiedet worden, allerdings in einer derart zusammengestrichenen Gestalt, daß ein Vergleich mit dem ursprünglichen Entwurf des Justizdepartements kaum mehr möglich erscheint. Die ständerätliche Kommission hat sich ganz offensichtlich nach der ziemlich allgemeinen Antipathie gegen solche Gesetze gerichtet und den Versuch unternommen, durch Herausnahme alles dessen, was irgendwie als Spitze gewertet werden konnte, die Existenz des Gesetzes selbst zu retten. In der Hauptsache verschwand so aus dem Gesetz die ausdrückliche Bezugnahme auf die kommunistische Partei — angesichts der steten kommunistischen Umtriebe, die jüngst noch zu dem blutigen Zwischenfall von La Chaux-de-Fonds geführt hatten, ein unverständliches Vorgehen. Es wäre gut, wenn die ängstlichen Herren, die mit diesem Vorgehen voraussichtlich das Gesetz auch für den Nationalrat annehmbar machen wollten, indem sie sich so bemühten, die Stimmen der kommenden Volksfrontfreunde, nämlich der Sozialdemokraten, zu bekommen — es wäre gut, wenn diese Herren die ausgezeichneten Ausführungen des ehemaligen Bundesrats Musy im Nationalrat beherzigen würden. Der ehemalige Bundesrat, der Begründer und Vorsitzende des Aktionskomitees gegen den Kommunismus, hat in seiner Rede ausführlich und dokumentarisch nachgewiesen, daß die Leitung der kommunistischen Zentrale in Moskau gar keinen großen Wert legt auf eine große Zahl organisierter Parteigänger, sondern vielmehr allein abstellt auf die Qualitätsauslese, sodaß also das Argument, die Kommunisten in der Schweiz stellten nur eine verschwindende Minderheit dar, an Bedeutung erheblich verlieren muß. Daß diese nach den Fähigkeiten ausgesuchten kommunistischen Propagandisten in allen Ländern beständig und mit allen Mitteln auf die Unterminierung des Staates und der bürgerlichen Gesellschaft (soweit dieser Ausdruck heute noch erlaubt ist) tendieren, hat Musy mit Überzeugung nachgewiesen. Das von ihm postulierte Kommunistenverbot wird zwar trotzdem einstweilen nicht kommen; aber es ist immerhin anzunehmen, daß die Ausführungen Musys und seine weitere Arbeit mit seinem Aktionskomitee verschiedenen Leuten allmählich die Augen öffnet, die es noch nötig haben — wie z. B. eben jenen Herren der ständerätlichen Kommission.

Abgesehen von diesem Kommunistenproblem und der Tatsache, daß in dieser Richtung einfach etwas geschehen muß, ist im Grunde die Abneigung des Volkes gegen Polizeigesetze, vor allem aber gegen Polizeigesetze aus Bern, als erfreuliches Symptom zu werten. Wir stehen heute in dieser Beziehung genau noch auf der Linie der Entwicklung, die im Jahre 1922 mit der Ablehnung der Lex Häberlin ihren Anfang genommen hat. Es ist u. E. ein gutes Zeichen für den konservativen und freiheitlichen Geist des Volkes, daß es mit Maulkratten- und Polizeiknüppel-Gesetzen nichts zu tun haben will. Nur sollte man immerhin heute in dieser Richtung sich zu gewissen Konzessionen aufraffen, denn schließlich ist es doch weniger schlimm, wenn dem einen oder anderen Schreier, wo immer er auch stehen möge, rechtzeitig der Mund gestopft wird und der Knüppel rücksichtslos auf die revolvertragende oder bombenwerfende Hand hinuntersaust, als daß vor lauter Toleranz am Ende das freiheitliche System zusammenbricht. Es ist

zwar in diesem Zusammenhang erfreulich, festzustellen, daß die doppelseitige ideologische Propagandaüberschwemmung Europas in der letzten Zeit einigermaßen nachgelassen hat, nachdem im Falle Spaniens wohl beinahe zu viel des Guten geschehen ist. Man hüte sich aber davor, zu glauben, daß die Gefahr bereits abgewendet sei. Unsere Demokratie wird noch manche Probe zu bestehen haben in den nächsten Jahren und darüber sollte man sich allmählich auch klar sein, daß solche Proben nicht zu bestehen sind mit pseudodemokratischen Volksfrontideen und mit einem Spaziergang auf dem Pfade des Herrn Blum, sondern nur dann, wenn wir den Mut haben, das Steuer wieder herumzureißen und zu jenen ursprünglichen und bewährten Grundlagen der schweizerischen Demokratie zurückzukehren, die sich im Begriff der „Demokratie im Kleinen" zusammenfassen lassen.

* * *

Die außenpolitische Stellung der Schweiz hat an der Spitze dieses Heftes eine kurze, summarische Würdigung erfahren. Die Kreise, die der zu lancierenden Initiative zur Wiedererlangung der absoluten Neutralität nahe stehen, können mit Befriedigung feststellen, daß schon allein die greifbare Nähe dieser Aktion, ehe diese selbst noch begonnen hatte, gewisse Kräfte in eine langsame Bewegung gesetzt hat, die sonst bestimmt in ihrem Beharrungszustand verblieben wären. Es wird übrigens eines Tages der Zeitpunkt kommen, wo es opportun erscheint, gewisse Fäden aufzudecken und gewisse Manöver bloßzulegen, die auf diesem Gebiet gesponnen wurden oder im angeblich höheren Landesinteresse beliebt haben. Heute ist dieser Zeitpunkt noch nicht da. Dagegen mögen die zwei Ergebnisse festgehalten werden, die sich bereits als Folge der kommenden Initiativbewegung feststellen lassen. Das eine Ergebnis hat durchaus den Charakter einer halben Arbeit und ist deshalb wenig erfreulich, während das zweite wohl die rückhaltlose Zustimmung des ganzen Schweizervolkes finden wird.

Bundesrat Motta hat zuerst vor der nationalrätlichen Kommission zur Behandlung des Völkerbundsberichts, die in Genf zusammengetreten war, und später vor dem Plenum des Nationalrates mit aller Eindeutigkeit den Standpunkt bekräftigt, den er gegenüber den Sanktionszumutungen bereits vor Ausbruch des abessinischen Konfliktes umrissen und in dem Schreiben an den Völkerbund vom September 1936 bestätigt hatte. Es handelt sich dabei also um die erneute Festlegung der schweizerischen Haltung insoweit, daß die Entscheidung über Beteiligung oder Nichtbeteiligung an Sanktionen wirtschaftlicher Natur ausschließlich in das Ermessen unserer Souveränität gestellt ist, weil wir ganz allein kompetent sein müssen, über die Grenzen zu entscheiden, die zu überschreiten der Grundsatz unserer Neutralität uns in casu nicht erlaubt. Das Parlament hat diese Haltung des Bundesrates in aller Form bestätigt. Es läßt sich nun nicht bestreiten, daß mit diesen wiederholten Erklärungen ein Schritt in der Richtung auf die Wiederherstellung unserer uneingeschränkten Neutralität getan wurde. Man hat es aber leider vermieden, in Ausnützung der günstigen Konstellation endlich diesen Weg ganz zu Ende zu gehen, den Weg, der eines Tages doch wird zu Ende gegangen werden müssen. Heute stellt sich die Lage immer noch so dar, daß wohl eine Erklärung der Schweiz vorliegt, daß es sich aber um eine einseitige Erklärung handelt, die von den andern Kontrahenten des Londoner Protokolls nicht nur nicht anerkannt, sondern, soweit auf eine letzte amtliche Äußerung verwiesen werden kann, im November 1935 durch Herrn Coulondre im Sanktionsausschuß des Völkerbundes ausdrücklich zurückgewiesen worden ist. Es scheint erforderlich, daß man vor dieser Tatsache, die nun einmal eine Tatsache ist, nicht immer wieder die Augen verschließt oder versucht, sie zu bagatellisieren. Diese Tatsache kann vernünftigerweise nicht bagatellisiert werden, denn sie ist für uns der Beweis, daß die Lage der Schweiz in diesem Punkt genau so prekär bleibt, wie sie es vordem gewesen ist. Praktisch bedeutet das so viel, daß bei einer weiteren kommenden Ge-

legenheit, wo die Sanktionsfrage erneut aufgeworfen wird, die Schweiz genau auf demselben Punkt steht wie im November 1935 und daß wir dann angesichts einer akuten Gefahr das Problem erneut aufrollen müssen, das sich heute, wo eine unmittelbare Gefährdung oder ein spezielles Interesse der Großmächte an einen konkreten Sanktionsfall nicht besteht, in Ruhe und Würde endgültig und grundsätzlich abklären ließe. Das ist der Grund, der uns dazu führt, die getroffene Maßnahme im Endeffekt als Flickwerk zu erklären und der dazu zwingt, dafür zu sorgen, daß nicht nachgegeben wird, bis endlich das Problem in einer die Schweiz für alle Zukunft sichernden Weise gelöst ist. Warum tun Sie das nicht von sich aus, Herr Motta?

Sind so der neue Vorstoß des Herrn Motta und die Erklärungen des Parlaments keineswegs geeignet, volle Befriedigung zu verschaffen, so verdient als zweites ein Ereignis festgehalten zu werden, durch das die neutrale Stellung der Schweiz wenigstens nach einer Seite hin völlig und endgültig abgeklärt und bestätigt wurde. Die Erklärung, die Reichskanzler Hitler gegenüber dem ehemaligen Bundesrat Schultheß abgegeben hat, schafft in dieser Beziehung endgültig volle Klarheit. Sie ist denn auch vom Bundesratstisch entsprechend gewürdigt und von Seiten des Parlaments ausdrücklich als das Ehrenwort eines ganzen Volkes zur Kenntnis genommen worden. So sehr wir deshalb in dem obenerwähnten Punkt der Sanktionsabklärung nach dem Westen gehindert sind, der Politik des Herrn Motta zu folgen, so sehr möchten wir anderseits aber auch unsere Genugtuung über das außerordentlich geschickte diplomatische Spiel der Herren Motta und Schultheß Ausdruck geben. Es erscheint — und zwar aus besonderen Umständen, auf die einzugehen wir uns versagen müssen, — ganz zweifellos, daß Herr Schultheß tatsächlich in Berlin mehr erreicht hat, als nach der Entwicklung der Dinge erwartet werden konnte. So bestand tatsächlich in weiten Kreisen unseres Volkes die Besorgnis, daß das deutsche Reich, außerhalb des Völkerbundes und im Gegensatz zu ihm und seinen tragenden Mächten stehend, an der von uns geübten Neutralität gerade im Rahmen dieses einseitig zusammengesetzten Bundes und in Berücksichtigung der Bindungen des Londoner Protokolls in Bezug auf die differenzierte Neutralität Zweifel hegen könnte. Uns scheint nun, daß solche Befürchtungen restlos beseitigt sind. Der deutsche Reichskanzler hat ausdrücklich erklärt, daß Deutschland die von der Schweiz geübte Neutralität voll anerkenne und als absolut neutrales Verhalten zu werten gewillt sei. Es ist kaum möglich, die Bedeutung dieser Erklärung zu überschätzen. Der Dank des ganzen Volkes ist unserem Bundespräsidenten und Herrn Schultheß gewiß.

Zürich, den 20. März 1937. Jann v. Sprecher.

Zur politischen Lage.

Fortschreitender Imperialismus. / Umkehr der Volksfront zur Realpolitik.

Es ist eine Stärke Mussolinis, unter den Nachbarn Italiens diejenigen herauszufinden, welche sich als schwach erweisen. Er geht den Weg des geringsten Widerstandes. Klug berechnend, daß sich wegen Abessinien kein bewaffneter Widerstand der Großmächte ihm entgegenstellen werde, hat er das äthiopische Kaiserreich angegriffen und erobert. Damit erscheinen jedoch die imperialistischen Gelüste Italiens noch nicht vollständig befriedigt zu sein. Bereits ist wieder ein anderer schwacher Punkt auf der politischen Kräftekarte herausgefunden, wo es ohne unverhältnismäßige Mühe gelingen kann, etwas zu erobern. Mussolinis Fahrt nach Libyen weist den Weg, welchen das Imperium jetzt einschlagen will. Zuerst ging die Reise an die ägyptische Wüstengrenze und sodann nach Tripolis, wo dem Duce ein triumphaler Einzug bereitet wurde. Aber wichtiger als diese Mani-

festationen, so sehr sie den Lebens- und Herrschaftswillen der italienischen Nation betonen, ist die Art und Weise, wie Mussolini dem Islam seine Reverenz erwiesen hat. Da erhielt er von mohammedanischen Schriftgelehrten einen köstlich gewirkten Teppich, welche Huldigung er mit dem Ausdrucke seiner Sympathie zum Islam quittierte, und von weltlichen Mohammedanern wurde ihm ein Degen überreicht, worauf er eine neue Epoche in der Geschichte Libyens ankündigte und mit den Worten fortfuhr: „Nach dieser Erprobung der Treue (im Kriege gegen Abessinien) hält das faschistische Italien darauf, der mohammedanischen Bevölkerung Libyens Frieden und Gerechtigkeit, Wohlergehen und Respektierung der Gesetze des Propheten zuzusichern... In kurzer Zeit wird Rom durch seine Gesetzgebung zeigen, wie sehr es sich um euch bemüht." Eine solch ausgesprochene Sympathiekundgebung für den Islam ist neu nicht nur für die Weltpolitik der letzten Jahrzehnte überhaupt, sondern auch für die Kolonialmacht Italien im Speziellen. Man weiß einerseits, daß der Islam sich gegenwärtig zu weiter Verbreitung anschickt, andererseits jedoch von keiner europäischen Macht irgendwie geschützt oder gehoben wird. Im Gegenteil bemüht sich niemand in ganz Europa besonders um die Mohammedaner. Mussolinis findiger Sinn möchte nun offenbar den Islam als Brücke zu weitergehenden imperialistischen Zielen benützen. Die in Libyen gesprochenen Worte sind ja zwar wohl zunächst nur zu den italienischen Untertanen gesprochen, aber in ihrer allgemeinen Fassung richten sie sich doch unverkennbar an alle Anhänger Mohammeds und dürften bei diesen den Eindruck nicht verfehlen, daß Italien nunmehr der Freund und Beschützer des Islams sein will. Es ist nicht ausgeschlossen, daß das faschistische Italien sich mit seiner Sympathie für den Islam besonders am Mittelmeer neuen Boden gewinnen möchte, indem es die unter anderer Herrschaft stehenden Mohammedaner für sich gewinnt. Ganz sicher muß die Kundgebung für den Islam so oder anderswie den Großmachtinteressen Italiens dienen, und sie kann es auch, denn wer mit dem Islam gut Freund ist, hat am Mittelmeer eine starke Stellung, worauf es Italien ja ankommt.

Ein in den Herrschaftstrieb hinein geratenes Volk ist wie eine Lawine, die, einmal losgelöst, sich unaufhaltsam fortbewegt, bis Hindernisse des Geländes sie zum Stehen bringen. So betreibt Italien in der neuesten Epoche seines Risorgimento rücksichtslos all das, was seinen imperialistischen Zielen dient. Es gibt für sein Handeln keine Grundsätze mehr, sondern nur Ziel und Gewinn. Wenn der Duce gegenwärtig den Islam liebkost, so ist man z. B. versucht, auch seine Stellung zur römischen Kirche nur noch unter dem Gesichtspunkte zu betrachten, daß er damit eine Voraussetzung für die Einheit und Macht Italiens schaffen wollte. Auch sonst wird im Innern alles mehr denn je auf diesen Blickpunkt eingestellt. Die faschistische Partei als Trägerin des nationalen Gedankens hat einen ungeahnten Aufschwung genommen. Es gehören ihr an: 2 027 000 Mitglieder der Kampfsektionen, 1 270 000 Mitglieder der faschistischen Jugend, 1 344 000 Frauen in Frauenverbänden, 691 000 Mitglieder in andern Vereinigungen, 3 841 000 Mitglieder des Dopo Lavoro und 75 000 Hochschulstudenten. Diese gewaltige, das politische Leben Italiens beherrschende Organisation hat sich Anfangs März durch ihren „Großen Rat des Faschismus" folgerichtigerweise auch wieder für enorme Rüstungen ausgesprochen. Es wurde die vollständige Militarisierung aller Kräfte der Nation vom 18. bis zum 55. Lebensjahre mit periodischer Einberufung beschlossen. Weiter sollen die militärischen Bedürfnisse Italiens ganz auf die Selbstversorgung eingestellt werden, nötigenfalls unter Preisgabe der bürgerlichen Bedürfnisse. Man muß also gewärtigen, daß sich Italien noch mehr als bisher in ein Heerlager verwandelt. Den Anstoß dazu soll England mit seinen mächtigen Rüstungen gegeben haben — der entscheidende Grund liegt aber darin, daß Italien seine Großmacht-, wenn nicht Hauptmachtstellung im Mittelmeer wahren will.

* * *

Unter dem Schlagwort „Tout est possible!“ ist seinerzeit die Volksfront ins Leben getreten. Wir brauchen an dieser Stelle ihre vielen sozialistischen Maßnahmen auf sozialem und wirtschaftlichem Gebiet nicht aufs Neue zu schildern, aber festgestellt werden muß ihr Resultat: Frankreich stand vor dem finanziellen Ruin, denn die Regierung hatte das Vertrauen der Geldgeber verloren. Während die Sozialisten und Kommunisten die Volksfront für ihre Sozialisierungszwecke ausnützen wollten, ja eine zweite Reihe von Sozialmaßnahmen — darunter auch die Sozialisierung der Banken — in Aussicht nahmen, erwiesen sich die unabhängigen Sozialisten und vor allem die Radikalen als Gegner weiterer Experimente. Es zeigte sich also, daß es auch bei der Volksfront nicht heißen kann: „Tout est possible!“

Aber in anderer Weise ist der Volksfrontregierung alles möglich geworden, und das gereicht ihr zur Ehre. Léon Blum hat sich wiederum als der geschmeidige Realpolitiker erwiesen und seinem Régime das volle Vertrauen Frankreichs, auch der Opposition, erworben. Er und sein Finanzminister Auriol waren nahe am Fall. Im letzten Moment begriffen sie aber die Staatsnotwendigkeiten. Nicht nur ihre Regierung, sondern der ganze Bestand Frankreichs war gefährdet. Auch von England mögen Mahnrufe herübergedrungen sein. Da war Blum einsichtig genug zur Umkehr von seinen Ideen und Programmen. Er sah, daß es so nicht weiter gehen konnte, und aus der zuerst angekündigten „Pause“ ist nun eine vollständige Änderung der Grundsätze geworden. Blum hat auf einmal entdeckt: „Die Politik, welche Frankreich uns diktiert hat, ist gleichzeitig sozial und liberal,“ und so kam es dazu, daß Blum plötzlich die neuentdeckten „liberalen“ Grundsätze im allseitigen Einverständnis zu Ehren brachte. Er versprach, außer einer Wehranleihe keine neuen Kredite mehr aufzunehmen, das Budgetgleichgewicht herzustellen, keine neue Abwertung zu provozieren, den „Rhythmus“ der öffentlichen Ausgaben zu verlangsamen usw. Auch verstand er sich dazu, eine Reihe von bürgerlichen Technikern zur Überwachung der staatlichen Finanz- und Wirtschaftspolitik heranzuziehen. Bekam seine Regierung schon durch diese Maßnahmen eine nationale Glorie, so gelang es ihr gar, durch die Emission einer Wehranleihe im Betrage von 10½ Milliarden Francs — diese wurde ausdrücklich als die einzige Anleihe des Jahres 1937 bezeichnet — alle Wohlgesinnten für sich mobil zu machen. Mit 470 gegen 32 Stimmen, also mit überwiegender Mehrheit, kam das die Wehranleihe ermöglichende Gesetz zustande. Dermaßen hat die Regierung Léon Blum aufs Neue durch eine kluge Anpassung an die Notwendigkeiten ihre Existenz in einer gefahrdrohenden Lage sichergestellt. Mit ihrer Umkehr zu den klassischen Grundsätzen der Finanzweisheit dürfte sie umso eher Erfolg haben, als sich im übrigen die Wirtschaftslage Frankreichs nicht gar übel gestaltet. Nach der glanzvollen Zeichnung der Wehranleihe, bei der allerdings Angst und Vertrauen in gleicher Weise mitgespielt haben mögen, ist nun aber bereits wieder eine düstere Wolke am Horizont aufgetaucht: Die Kommunisten nämlich revoltieren gegen die neue, so gar nicht marxistische Wendung der Volksfrontpolitik, und bereits sind sie im Pariser Vorort Clichy mit den Ordnungstruppen zusammengestoßen, wobei es eine Menge Tote und Verwundete gab.

Bülach, am 19. März 1937. Walter Hildebrandt.